



Eine Infektionskrankheit legt Gesellschaften und ihre Ökonomien weltweit lahm - wie das?

Ein Kommentar von Frank Bernhardt und Rudolf Gospodarek

Eine Infektionskrankheit legt Gesellschaften und ihre Ökonomien weltweit lahm - wie das?

Gesünder wär's zweifellos, wenn - wie für Wochen bis Ende April - der ganz normale Ausstoß von giftigen Abgasen der Autos und schädlichem Lärm von Flugzeugen den Menschen weiterhin erspart blieben. Auch der Arbeitsprozess mal für einige Zeit ruhen könnte - wie jetzt -, und alle die Früchte ihrer Arbeit genießen könnten. Das Gegenteil ist der Fall, in dieser Gesellschaft hat das katastrophale Folgen. Ohne Geldverdienen kommen gesellschaftliches Leben und die Wirtschaft zum Stillstand. Wie jetzt, wo ein zurzeit medizinisch nicht beherrschbares Virus den Prozess erheblich stört.

Tödlicher Erreger

Nach SARS-CoV-1 im Jahr 2002 und MERS-CoV zehn Jahre später, sind 2 von den 6 humanpathogenen CoVs für schwere, lebensbedrohliche Krankheiten (z. B. der Atemwege bis zur Lungenentzündung und Organversagen) verantwortlich. Die WHO hatte damals schon vor einer Pandemie gewarnt und Notfallpläne für weitere Ausbrüche als dringlich angemahnt. Mangels Impfstoff wird das SARS-CoV-2 die Menschen wohl noch länger begleiten. Der Gesundheitsminister fürchtet, „es kann noch Jahre dauern“ (spiegel.de 3.5.2020) bis zur Entwicklung dieses Impfstoffes. Normal dauert die Entwicklung 5 - 10 Jahre. Die Zahl der Opfer soll sich weltweit, besonders in den armen Regionen der Welt, dramatisch erhöhen. Wobei die Sterberaten gegenwärtig nicht leicht zu ermitteln sind, da flächendeckende Tests mangels Material nicht durchgeführt werden. Und die Reaktion der Politik?

Ernste „Lage“ - Lockdown - „neue Realität“

Eine äußerst bedenkliche Situation, deren Ausgang „offen“ (zdf.de 19.3.2020) sei. So die Kanzlerin in ihrer Ansprache an die „Nation.“ Da drängt sich die Frage nach dem Zustandekommen dieser Lage auf? Was ist Sache? Die Regierenden reden von einem „dynamischen Geschehen“ (bundesregierung.de), die „Lage“ sei „jeden Tag neu“ zu bewerten (RKI). Die Lage ist allerdings nicht ohne das Handeln bzw. Nicht-Handeln der Politik entstanden. Die Akteure auf der politischen Bühne sind für die herrschenden Lebensumstände zuständig, darunter fallen auch Krankheiten und Seuchen (überarbeiteter § 5 des Infektionsschutzgesetzes im März. Lange wurde das Virus als ein Problem Chinas abgetan, weit weg und dazu in einem „autoritären Regime“. Die politisch gewährten Freiheiten der Bürger_innen wurden im Zuge

der Corona-Krise stark beschnitten. Die konsequenten Reaktionen (Schließung von Betrieben und Schulen, Beschränkung des öffentlichen Lebens, Abschottung von Regionen etc. darum geringere Opferzahlen und sukzessiver Rückstieg zur marktwirtschaftlichen Logik) von China und anderen asiatischen Staaten, kamen für Deutschland anfangs nicht in Frage. Prahlerisch - im Vergleich zu unliebsamen und ökonomisch unterlegenen Staaten - wird auf „unser“ exzellentes, „vielleicht eins der besten Gesundheitssysteme der Welt“ (A. Merkel, 18.3.2020) verwiesen. Obwohl abzusehen war, dass sich das Virus weltweit ausbreiten würde, finden Massenveranstaltungen wie Karneval, Fußballspiele etc. weiter statt. Sollen etwa prächtig florierende Geschäfte einem winzigen Virus zum Opfer fallen?

Dann die Kehrtwende, der Lockdown war überfällig. Nachblickend werden die Versäumnisse der Entscheidungsträger bagatellisiert und ein Lob auf das Gemeinwesen ausgesprochen: „Bei allen Fehlern im Krisenmanagement sehen die Bürger, dass ihr Staat funktioniert“ (sueddeutsche.de 24.04.2020)

Einige Wochen später, Ende April, stehen „Lockerungen“ an, von einer „neuen Realität“ ist gar die Rede. Vorsichtige, dazu noch im Ergebnis „klug bedachte Schritte“ (Scholz, Saarbrücker-Zeitung.de, 18.4.2020), sind die neuen Schwerpunkte der Politik.

Schulduweisungen

Wie sollte es in einer Staatenwelt auch anders sein, die kein Gemeinschaftswerk ist, sondern in der divergierende nationalstaatliche Interessen aufeinanderprallen. In China, einem aufstrebenden weltpolitischen Konkurrenten, mehrmals Exportweltmeister, soll in der Provinz Wuhan das Virus zuerst aufgetaucht sein. Schuldzuweisungen wie „chinesischen Virus“ (tagesschau.de 24.3.2020), weit ab von jeder Erklärung, werden öffentlich. Für Trump ein gefundener Anlass, eine neues `Sperrfeuer´ gegen China zu eröffnen, nachdem der Handelskrieg schon länger stattfindet. Dann legt Außenminister Pompeo nach und spricht von „signifikanten“ Beweisen zur künstlichen Erzeugung des Virus, „Details“ (manager-magazin.de, 4.5.2020) dürfe er jedoch nicht preisgeben; sein deutscher Kollege Maas fordert China zur „vollumfänglichen Aufklärung“ auf. Das deutet auf eine Beteiligung an den chinafeindlichen „US-Aggressionen“, die auch „transatlantisch orientierte Kreise in Deutschland“ (german-foreign-policy.com 5.5.2020) von der Politik fordern.

Schulschließungen ...

Das gesellschaftliche Leben ist jäh unterbrochen. Neben einer größeren Zahl von Berufstätigen, die Ende März in die Heimarbeit geschickt werden, zählt auch der Lehrerstand dazu. Obwohl in den Schulen seit Jahren Informatik mit der entsprechenden Technik unterrichtet wird, ist es für das Lehrpersonal (besonders Grundschulen mit inklusiver Pädagogik) ein Herausforderung, dem Hausunterricht übers Netz mittels Laptop u. ä. nachzukommen, so es überhaupt möglich ist.

... „Schüler aus benachteiligten Familien: offline und abgehängt“

So der „Standard“ in Österreich, was hier nicht anders ist. Besonders betroffen sind diejenigen aus armen - sogenannten bildungsfernen - Familien, denen es schon an elektronischen Voraussetzungen mangelt. Wie üblich fragt die Kennzeichnung „Benachteiligte“ nicht nach den Gründen der Misere. Wenn die „freie Presse“ nach „Bildungsgerechtigkeit“ für diese Schüler_innen ruft (eine Presse, die übrigens kaum daran dachte, Schröders Beschimpfung des Lehrpersonals als „faule Säcke“ in die Schranken zu weisen), dann ist das geheuchelt und dient dazu, die Wiederöffnung der Schulen zu fordern. Hilfreich wäre es schon, einmal über Sinn und Zweck der Institution Schule nachzudenken. Dazu hier einige Anmerkungen.

Warum füllen z. B. 7 - 8 Millionen Schüler_innen nach der Schule als funktionelle Analphabeten die Statistiken? Warum beherrschen nach 9 - 10 Jahren Schulbesuch etliche die Grundrechenarten nicht und haben große Schwierigkeiten im Bruch- und Prozentrechnen? Usw.! Der Grund liegt darin, dass das Leistungslernen in den Schulen als Konkurrenzveranstaltung abläuft. Der Leistungsvergleich dient der Selektion, Gewinner und Verlierer werden produziert. Bei den Erstgenannten steht im Abschlusszeugnis der Grundschule eine „Empfehlung fürs Gymnasium“, was auch die Stadtteilschulen einschließt. Die Verlierer werden von weiterführender Schulbildung ausgeschlossen. Damit sind die Berufsperspektiven ziemlich klar vorgezeichnet, ein erfolgreiches Studium kann bei Einstellung zu lukrativer Bezahlung führen. Die große Mehrzahl mit oder ohne Ausbildung, sind ein Leben lang auf mehr oder weniger schlecht bezahlte, dazu noch körperlich ruinöse Arbeiten, verwiesen. Im ungünstigsten Fall werden sie schon früh von Hartz IV alimentiert. Schon Kinder im frühen Schulalter ‚bezahlen‘ den Stress beim Versagen mit Schlaf- und Angststörungen. Die Schule ist also weit davon entfernt, dass Lernen für die Schüler_innen eine angenehme Erfahrung ist. Wissensvermittlung findet statt, dient aber auch als Mittel der Sortierung.

Derzeit wird der Schulbetrieb wieder vorbereitet. Schulleitungen mit Kolleg_innen sind eifrig bemüht Notfallpläne (Abstands- und Pausenregelungen, Hygieneartikel, etc.) zu erstellen. Zeitintensive neue Aufgaben stehen an. Dass die Schulbehörde Neueinstellungen vornimmt, davon ist nichts zu hören, vielmehr konfrontiert sie die Kolleg_innen täglich zusätzlich mit verbindlichen Vorgaben zu verschiedenen Anliegen.

Nach der Wiedereröffnung sollen Klassenlehrer Präsenzunterricht und für eine vermutlich größere Gruppe von Schüler_innen nach wie vor Fernunterricht erteilen. Hier war es W. Schäuble, der den Vorschlag in die Debatte einbrachte, die Sommerferien zu verkürzen, um „Unterrichtsstoff nachzuholen“ (zeit.de 27.4.2020). Österreich plant Brückentage, die in die „Lehrerarbeitszeit“ eingearbeitet sind, für „Unterricht“ (standard.at 27.4.2020) zu nutzen, mit dem Hinweis, den Lehrer_innen seien ja schon „Corona-Ferien ... geschenkt worden“ (standard.at 29.4.2020). Eine Lehrerin redet Tacheles: „2/3“ der Arbeitszeit verwende sie für „Live-Unterricht“ am PC und „Echtzeitgespräche“, der Rest sind „Korrekturen“ und Kommu-

nikation. Bei der entstehe Mehrarbeit, da sie „fast immer erreichbar und verfügbar“ sei. Hier wird es interessant, wie sich die Bildungsgewerkschaften dagegen aufstellen. Auch im kommenden Schuljahr sei ein „normaler Unterricht ... derzeit nicht denkbar“ (Esken, sueddeutsche.de 5.5.2020).

Niemand wird nach jahrzehntelangen Streichungen darauf hoffen, dass die Schulpolitik jetzt dringend benötigte Lehrkräfte neu einstellt, um die Mehrarbeit abzumildern. Staatliche Rettungsschirme in Milliardenhöhe sind dafür da, die global boomenden Wachstumsbranchen (die Produktion und den Gebrauch der Verkehrsmittel zu Luft und auf der Straße) wieder auf Touren zu bringen. Schulen sind eben „faux frais“, „unproduktiv“ für die Wirtschaft, für die Reproduktion des Kapitals zwar notwendig, aber unmittelbar keinen „Wert und Mehrwert“ (MEW 23, 326 ff) schaffend.

Doch es entwickelt sich auch Widerstand, immerhin bei den Schüler_innen. Der große Frust in vielen Abschlussklassen führt zu Verweigerungsaktionen. Im Internet unter „#schulboykott oder #schulboy-kottNRW“ (sueddeutsche.de 21.4.2020) artikulieren Tausende ihren Unmut. Einen effektiven Infektionsschutz gibt es nicht. Für Eltern und Großeltern besteht so die Gefahr der Ansteckung.

Gesundheitswesen

Die Öffentlichkeit wettet über ein „schlechtes Gesundheitssystem“ - natürlich in Italien und Spanien. Dass die Führungsmacht der EU, Deutschland, im Verein mit EZB und IWF, den Südländern diese Einsparungen aufoktroziert hat, um die Stabilität des Euros zu gewährleisten, wird nicht thematisiert. Als dem hiesigen Gesundheitswesen die Schutzmaterialien ausgehen, erlässt Deutschland ein Exportverbot für die Mitgliedsländer. Ist das der viel beschworene europäische Geist?

Um die Gesundheit des Einzelnen geht es der „Volksgesundheit“ nicht, vielmehr ist die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten das Ziel. Die notwendigen Maßnahmen der Gesundheitspolitik dienen der Aufrechterhaltung der Brauchbarkeit derer, die für die Bedienung fremder Interessen gerade zu stehen haben. Die Arbeitsbedingungen für zu Massenerkrankungen, auch als „Zivilisationskrankheiten“ bekannt.

Umweltschutz

Die angesprochene „Lage“ ist nicht neu. Die Politik hat dafür ein Gesundheitsressort eingerichtet. Der verantwortliche Minister Spahn hat das Virus anfangs im „Krankheitsverlauf milder als bei Grippe“ eingestuft. Das Gesundheitsministerium reagiert auf gesundheitliche Schäden, die in einer Gesellschaft, wo jedes Bedürfnis nur über den Kauf befriedigt wird, der mehr Geld einbringen muss als eingesetzt wurde, dauerhaft stattfinden. Die letzte Feinstaubdebatte beim ‚Dieselskandal‘ legt aufschlussreich Zeugnis davon ab. Lebensmittelskandale gehören - trotz Biowaren mittlerweile auch bei den der Handelsriesen - nicht der Vergangenheit an.

Grenzwerte sind ein Indiz, dass Schadstoffe in der Produktion und im Alltagsleben ständige Begleiter sind, was einschließt, dass Menschen in erheblicher Zahl dadurch zu Tode kommen. Kaum zu glauben, Entwicklungsminister Müller (CSU) spricht vom „Raubbau an der Natur“ des „Immer-Weiter-Schneller-Mehr-Kapitalismus“ (rp-online 2.5.2020). Mediziner warnen schon länger: „Umweltverschmutzung ,tötet mehr Menschen als Krieg, Hunger, Malaria, AIDS oder Tuberkulose‘ “ (deutsch.medscape.com, 2017).

Schäubles Rat

Der Bundestagspräsident (bekannt geworden durch seinen scharfen Sparkurs in der Finanzkrise gegen Griechenland; mit den Folgen eines sozialen Kahlschlags, der dort Menschenleben kostete und ihm den Beinamen "Brandstifter", der in Europa wütet, einbrachte) will „das Verhältnis zwischen Marktwirtschaft und staatlicher Regulierung neu definieren“ (Schäuble, 19.4.2020). Der ältere Herr will die Marktwirtschaft gar nicht einer substanziellen Kritik unterziehen, sondern sieht den Staat vor der Aufgabe, neue Regeln zu setzen. Den „Raubtierkapitalismus bändigen“, eine linke Forderung in der Finanzkrise findet bei den C-Parteien plötzlich Anklang. Was aus der geplanten Regulierung des Finanzsektors nach dieser Krise geworden ist, ist bekannt.

Menschenleben als Kalkulationsgröße

In den Rangeleien aller Parteien um die Lockerung des Lockdown, meldet sich Schäuble wieder zu Wort, „man könne nicht alles dem Schutz von Leben unterordnen“ (deutschlandfunk.de 26.4.2020), so sein Statement. Längst gängige Praxis, wenn die Kapazitäten in den marktwirtschaftlich organisierten Krankenhäusern nicht ausreichen und die Triage wie in Italien und Spanien angewandt wird, die kranke Ältere von der Behandlung ausschließt. Passend dazu, wie in der Metastudie in „The Lancet“ veröffentlicht, das Schulschließungen „die Zahl der Todesfälle nur um zwei bis vier Prozent“ (standard.de 25.4.2020) verhindere. Will sagen, der Aufwand stehe in keinem Verhältnis zum Nutzen. „Kollateralschäden“ nennt man das heute, bekannt aus dem Verlauf von Kriegen. Die kosten Menschenleben. Zudem fallen nach der Krise immense Kosten des Schuldendienstes an.

Krise & Kredit

Die VWL prognostiziert ein Wachstumsrückgang von ca. 10 %. Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre werden angestellt. Sind Geschäfte und Fabriken geschlossen, stockt das Wachstum. Löhne werden nicht bezahlt. Werden die geschlossenen Betriebe und Geschäfte nicht mit Krediten am Leben gehalten, droht die Pleite. Der Staat ersetzt den oft kargen Lohn durch ein reduziertes Kurzarbeitergeld. Das alles bestimmende Maß der kapitalistischen Reichtumsproduktion gerät ins Stottern. Was für eine Absurdität, wenn das gesamte gesellschaftliche Leben vom Geld abhängig ist. Der Staat muss einspringen, er verschuldet sich in Billionenhöhe.

Stockt der Geldfluss, heißt das Krise. Diese Krise hat sich schon im letzten Jahr ohne Corona angekündigt, als sich die „Industrieproduktion“ um „knapp 5%“ (nachdenkseiten.de 20.3.2020) verringert hat, nun hat sich die Corona-Krise noch oben drauf gepfropft. Die Folgen sind Vernichtung von Produktionsmitteln, Arbeitsplätzen und Waren. Und aus der Krise hilft der Staat mit Subventionen ... zyklisch wiederholt sich dieser Prozess - auch ohne Corona. Es dürfte klar sein, dass die „unmittelbaren Produzenten“ (MEW 23, 200) die ‚Zeche‘ - wie gehabt - zu zahlen haben und der Kapitalismus wieder einmal gestärkt aus der Krise hervorgeht.



Über die Autoren

Frank Bernhardt (*1949) Ausbildung zum Industriekaufmann, dann Abschluss des Studiums zum VR-Lehrer, anschließend Junglehrer an einer Hamburger Förderschule, danach 1 Jahr nach der 2. Lehramtsprüfung Abschluss des Sonderpädagogischen Aufbaustudiums, mehrjährige Tätigkeit im Personalrat VR So und Schul-PR an einer Förderschule, ab 2015 im Ruhestand. Seit 1968 Mitglied in der IG Metall, danach bis dato in der GEW. Mehrere Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz).

Kontakt:

Bernhardt@alstersite.de

Rudolf Gospodarek (*1941) Ausbildung zum Techniker in Polen, Umzug nach HH, dann Abschluss des Studiums zum Sozi-Päd., Arbeit als Sozi-Päd., danach Abschluss des grundständigen Studiums zum Sonderpädagogen, dann Tätigkeiten an Förderschulen in HH, 2007 Versetzung in den Ruhestand, Mitglied in der GEW seit über 30 Jahren, mehrere Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz).

Kontakt:

RudolfGospodarek@web.de